

KSE Bern: Parlamentarierlunch

26. November 2019

**Begrüssung Fritz R. Hurni, Präsident KSE Bern**

**Thema: Alle wollen den freien Markt. Wir auch!**

Es gilt das gesprochene Wort.

Sehr geehrte Grossrätinnen und Grossräte  
Sehr geehrter Frau Professorin Dr. Susanne Kytzia  
Sehr geehrte Damen und Herren KSE-Mitglieder

Ich begrüsse Sie herzlich zum KSE-Parlamentarierlunch, der dieses Jahr im frisch renovierten Casino Bern stattfindet. Ich danke ich Ihnen, dass Sie unserer Einladung gefolgt sind und die Gelegenheit wahrnehmen, sich aus erster Hand über das Thema Abbau, Deponie und Transporte informieren zu lassen.

Ich möchte an dieser Stelle die Gelegenheit wahrnehmen, den verschiedenen Grossrätinnen und Grossräten, die an den eidgenössischen Wahlen teilgenommen haben, zu danken und zu gratulieren. Einige haben den Sprung in die Landespolitik geschafft, andere waren sehr nah dran oder haben doch beachtliche Resultate erzielt. Allen möchte ich, für Ihr grosses Engagement zugunsten der Meinungsbildung und der politischen Partizipation, danken.

**Alle wollen den freien Markt. Wir auch!**

Wie schon vor vier Jahren, möchten wir dieses Jahr das Thema Markt beleuchten. Der Auslöser für das heutige Thema ist die Debatte betreffend der Motion Marti mit dem Titel «Massnahmen zur Verhinderung von Kies- und Betonkartellen». Diese Motion wurde bekanntlich im Juni behandelt. Viele Rednerinnen und Redner im Grossratsaal haben dabei das Thema Markt aufgegriffen. Und nicht wenige haben dabei einen freien Markt gefordert. Also einen Markt, der möglichst ohne Wettbewerbsbeschränkungen auskommt. Den Rednerinnen und Rednern ist es insbesondere um die Verhinderung von Absprachen und Kartellen gegangen. Man forderte einen funktionierenden Markt. Ich kann ihnen versichern: Das wollen wir vom KSE Bern auch!

Partner

Heute wollen wir aber nicht über das Wettbewerbsgesetz sprechen. Heute möchte ich Ihnen aufzeigen, dass der freie Markt in der bernischen Kiesbranche sehr stark von staatlicher Seite beschränkt wird. Dies passt uns zwar nicht immer. Wohl oder übel müssen wir Unternehmer uns aber damit zurecht finden und uns anpassen.

## Markt und Regulierung

Wie der Staat den Markt durch Regulierungen einengt, werde ich Ihnen an Hand dieser Grafik erläutern. Der freie Markt spielt sich in dem hier dargestellten Kreis ab. Darin stehen viele Marktteilnehmer miteinander im Wettbewerb. Dieser freie Markt wird nun aber durch die staatliche Regulierung entweder direkt oder indirekt eingeschränkt.

Die direkte Regulierung, dargestellt durch den *lila Ring*, erfolgt durch strikte Vorgaben von Gesetzen und Verordnungen. So werden beispielsweise im Sachhplan ADT Vorgaben und Grundsätze festgelegt, welche den Umfang und die Lage der Abbaustellen bestimmt bzw. einschränkt. Im Fokus sind dabei stets bestimmte Regulierungsziele wie z. B. die Transportminimierung und damit der Grundsatz der dezentralen Versorgung. Damit wird beabsichtigt, die Umwelt- und CO<sub>2</sub>-Belastung durch die Kiestransporte klein zu halten. Die staatliche Regulierung greift aber nicht nur im Umweltbereich, sondern auch im Bereich Markt. Die im bernischen Baugesetz festgehaltene Annahmepflicht für Aushubmaterial greift in diesem Zusammenhang auch in den freien Markt ein.

Der freie Markt wird auch indirekt, durch die immer grösser werdende Flut von staatlichen Vorschriften eingeengt. Der *grüne Ring* stellt übergelagerte Raumplanungsbereiche dar, wie z. B. den Natur- und Landschaftsschutz, Kulturlandschutz, den Schutz der Fruchtfolgeflächen oder den Schutz des Waldes.

Der *beige Ring* stellt weitere Umweltschutzbereiche und die Archäologie dar. Diese beiden inneren Ringe zeigen die Hindernisse für Abbauprojekte auf. Sie führen zu einer weiteren Reduktion von Möglichkeiten des Kiesabbaus.

Schliesslich noch der *gelbe Ring*, welcher die politischen Hindernisse zur Realisierung von Projekten aufzeigt. Am Schluss eines oft langjährigen Verfahrens gilt es immer noch die Hürde einer Gemeindeabstimmung zu nehmen. Dabei schlägt in der Schweiz immer öfter der Nimby Effekt zu. Nimby steht für «Not in my backyard» und bedeutet, dass die Menschen zwar die Notwendigkeit der Kiesversorgung verstehen aber eine Grube eben nicht in ihrer Nachbarschaft tolerieren.

Die Flut von Vorschriften, die grosse Komplexität von Abbau- und Deponieprojekten sowie die politischen Hürden führen zu einer Einengung des Teilnehmerfeldes im Markt. Dies wird in der Grafik im Kreisinneren dargestellt. Um Projekte erfolgreich zu entwickeln braucht es heute gute Ideen, genügend Risikokapital und Ausdauer.

## In diesem Meccano herrscht Markt

Wie sie erkennen können, bewegt sich die Kiesbranche nicht in einem total freien Markt. Trotzdem wage ich zu behaupten, dass auch in diesem eingeeengten, staatlichen Korsett der Markt spielt. Denn die Unternehmungen passen sich den Rahmenbedingungen an, und entwickeln daraus ihre Geschäftsmodelle. Neben dem klassischen Kiesabbau spielt das Baustoffrecycling und das Gewinnen von Kies aus Baustellen-Aushüben eine immer wichtigere Rolle. Auch mobile Aufbereitungs- und Betonanlagen sind zunehmend im Markt tätig. Sie werden mehr über die verschiedenen Geschäftsstrategien im Referat von Frau Professor Kytzia hören.

An diesem Punkt möchte ich in Erinnerung rufen, dass die staatliche Regulierung auch einen Einfluss auf den Preis hat. Ich führe hier das Beispiel der Deponieknappheit an. Die Kontingentierung bzw. die mengenmässige Einschränkung von Abbauvolumen, und damit indirekt auch von Deponieraum, kann in Zeiten guter Baukonjunktur zu Knappheit führen, insbesondere im Deponiebereich. Leider kann man den zukünftigen Bedarf nicht immer genau einschätzen. Verläuft die Baukonjunktur besser als geplant, kann es passieren, dass der Deponieraum knapp wird. In dieser Situation befinden wir uns teilweise heute. In einzelnen Regionen kann der Bedarf an Deponieraum für Aushub nicht mehr gedeckt werden. In diesen Regionen ist der Ablagerungspreis für Aushub – dem Gesetz von Angebot und Nachfrage folgend – angestiegen. Im Gegenzug ist der Kiespreis gesunken, da die beiden Produkte voneinander abhängig sind. Nebst dem Preiseffekt führt dies auch dazu, dass das anfallende Aushubmaterial über weitere Distanzen transportiert werden muss, was dem eigentlichen Sachplanziel der Transportminimierung widerspricht.

## Nachjustierung der Regulierung ist Aufgabe der Politik

Nach wie vor ist der Kanton Bern aber in der Lage, den anfallenden Aushub im Kantonsgebiet zu entsorgen. Dies ist im schweizweiten Vergleich keine Selbstverständlichkeit. Der Kanton Zürich zum Beispiel muss rund ein Drittel seines Aushubs in die Nachbarkantone exportieren.

In einer solchen regionalen Knappheit an Deponieraum prallen drei Sachplanziele aufeinander: die regionale Selbstversorgung, die Ressourcenschonung und die Transportoptimierung. Wenn die Politik der Meinung ist, dass die regionale Selbstversorgung mit kurzen Transportwegen die oberste Priorität haben soll, dann müssen mehr Ressourcen bzw. dezentrale Gruben bewilligt werden um dieses Ziel zu erreichen. Falls allerdings die Umweltschonung stärker gewichtet wird, dann werden weniger neue Standorte bewilligt und es müssen längere Transporte für die Entsorgung in Kauf genommen werden. Alles gleichzeitig zu haben ist nicht möglich. Es ist ein klassischer «Trade Off» bzw. eine gegenläufige Abhängigkeit.

Es liegt in diesem Fall an der Politik zu entscheiden, ob die Regulierung justiert bzw. angepasst werden muss und neue Prioritäten gesetzt werden müssen. Uns ist es ein Anliegen aufzuzeigen, dass dem Staat beim Management der Deponieknappheit eine entscheidende Rolle zukommt. Wenn nicht gehandelt wird, werden sich die Deponieengpässe fortsetzen.

Damit wir diese komplexen Zusammenhänge aufzeigen können, ist für unsere Branche der Austausch mit der Politik und der Verwaltung sehr wichtig. Nur im Dialog können in diesem komplexen Bereich die Grundlagen für die sachrichtigen Entscheide erarbeitet werden. Dabei ist es mir wichtig festzuhalten, dass wir das Primat der Politik akzeptieren: Der Staat entscheidet und setzt die Rahmenbedingungen und die Privatwirtschaft setzt die Projekte um. Allerdings ist es für den Erfolg entscheidend, dass die Vorgaben und Ziele in der Praxis umsetzbar sind. Deshalb bringt sich unser Fachverband mit seiner Expertise in den politischen Prozess ein. In diesem Sinne bedanke ich mich nochmals für Ihre Aufmerksamkeit und das Interesse das sie unserer Branche entgegenbringen.

Somit leite ich zum zweiten Teil über: Unsere Rednerin ist Frau Prof. Dr. Susanne Kytzia. Sie ist Institutsleiterin und Dozentin am Institut für Bau und Umwelt an der Hochschule für Technik Rapperswil. Sie wird Ihnen aufzeigen, wie die Unternehmer ihre Geschäftsstrategien aufgrund von veränderten Markt- und Rahmenbedingungen anpassen.